

## 4 Zeitfragen der pandemischen Politik- und Öffentlichkeitsberatung

---

»Deutung kommt zur Not ohne Fakten aus, vor allem wenn das Ge-deutete in der Zukunft liegt.«<sup>1</sup> Diese Einschätzung des Verhältnisses von wissenschaftlichem Wissen und öffentlicher Pandemie-Kommunikation sowie zu den mit den zeitlichen Perspektiven verbundenen Unsicherheiten verbreitete der Kölner Soziologe Wolfgang Streeck im Januar 2021, mitten im ersten Winter der Pandemie, in einem viel beachteten Beitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Unter der Überschrift »Wissenschaftlern folgen? Ja doch, aber welchen?«<sup>2</sup> diskutierte er darin unterschiedliche Beiträge verschiedener Wissenschaften zur pandemischen Politik- und Öffentlichkeitsberatung. Dabei kritisierte er den ungleichen Einfluss verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen auf die Beratungsprozesse von Regierungen und Zivilgesellschaft. Er diagnostizierte eine vermeintlich dominante Rolle von Virologen, trotz ihrer unterschiedlichen Expertisen (»die vom Kollegen Drosten oder vom Kollegen Streeck«?), und von »regierenden Physiker[n]«, die mit Faktenwissen und mit für »wissenschaftlich ungebildete Menschen [...] unplausiblen Modellannahmen« nicht nur die öffentlichen Debatten, sondern auch die Entscheidungen der Exekutive maßgeblich prägen würden. Dem stellte er das Fehlen von empirischen Forschungen über sozialstrukturelle Faktoren des Pandemiegeschehens sowie die Existenz von eher auf Alltagswahrnehmungen basierenden Deutungen des pandemischen Sozialen durch prominente Feuilleton-Soziologen und -Philosophen gegenüber. Vor diesem Hintergrund entwickelte Streeck einige Ideen für mögliche empirisch-soziologische bzw. epidemiologische Forschungsgegenstände und Untersuchungsdesigns, an denen »Herden von Forschern [...] doch eigentlich [...] arbeiten [müssten]«, sowie eine quasi-technokratische Kritik an dem »verschlafenen Sommer« 2020, während dem »man« notwendige Maßnahmen verpasst habe,

»Alten- und Pflegeheime virenfest auf[zu]rüsten«, um das pandemische Geschehen »ins umso Beherrschbarere« zu transformieren. Als ein offensichtlich gesundheitsethisches und -politisches Fazit formulierte Streeck schließlich: »Wenn eine Gesellschaft mit Lungenkrebs leben kann, kann sie, wenn sie muss, wohl auch mit Covid-19 leben« – das heißt ohne »die mit ewiger Wiederkehr drohenden Lockdowns«.<sup>3</sup>

Streecks Beitrag ist nur ein prominentes Beispiel für zahlreiche Wortmeldungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, mit denen sie zum kollektiven Wissen über die Pandemie und den Umgang mit ihren Herausforderungen beitrugen. Einige von Streecks Einwänden und Bedenken stehen beispielhaft für Kontroversen über die Rolle der Wissenschaften, die während der Covid-19-Pandemie mit wechselnder Intensität geführt wurden. Sie drehten sich darum, welche wissenschaftlichen Disziplinen und welche Expertinnen und Experten gehört wurden und Einfluss ausüben konnten bzw. welche (vermeintlich) weniger oder gar keine Aufmerksamkeit fanden. Umstritten war auch die Qualität einzelner Expertisen und Einschätzungen, die von anderen Akteuren aus Wissenschaft, Journalismus und Politik in Frage gestellt oder hervorgehoben wurden. Problematisiert wurde auch die Nähe zwischen Wissenschaft und Politik oder ihre Vermischung, nicht nur am Beispiel des Bundestagsabgeordneten und promovierten Epidemiologen Karl Lauterbach, den Streeck als »Politvirologen«<sup>4</sup> bezeichnete, sondern auch anhand des wahrgenommenen oder tatsächlichen Einflusses prominenter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf politische Entscheidungsprozesse. Ebenfalls Themen öffentlicher Diskussionen waren die mangelhafte Umsetzung möglicher Maßnahmen zur Pandemiebewältigung, die von Expertinnen und Experten vorgeschlagen worden waren, und die Kritik an (vermeintlich) technokratischen Vorstellungen zur Bekämpfung der Pandemie. Im Extremfall wurde zudem der Realitätsgehalt der wissenschaftlichen Sachaussagen angezweifelt, und in Verschwörungstheorien wurden manche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Politikerinnen und Politiker persönlich angefeindet. In vielen Fällen wurden die Diskussionsbeiträge und Kritiken dabei – wie etwa von Wolfgang Streeck – auf der Basis eines eigenen (vermeintlich besseren) Wissens entwickelt und geschlussfolgert, was »man« hätte anders machen sollen oder zukünftig anders machen sollte.

Manche öffentlichen Expertinnen und Experten wurden sogar zu prominenten Galionsfiguren politischer Sammlungsprozesse, und ihr

unterschiedlich »situiertes Wissen«<sup>5</sup> diente als Bezugspunkt für themenzentrierte politische Kollektive. Dies führte so weit, dass sich in der Pandemie die Gesellschaft in Deutschland weniger entlang etablierter (parteipolitischer) Konfliktlinien sortierte. Stattdessen wurden die Differenzen in der Pandemiepolitik mit verschiedenen »Teams« markiert, die nach prominenten Virologen benannt waren. Das sogenannte »Team Drosten«, das nach dem Berliner Virologen Christian Drosten benannt wurde, stand hier für einen auf umfassenden Gesundheitsschutz rekurrierenden Politikansatz, der die gesundheitlichen Gefährdungen der Pandemie »umfassend ernst« nahm und für die Suche nach vielfältigen Lösungen für eine möglichst weitgehende Eindämmung des Infektionsgeschehens argumentierte. Dem gegenüber stand das sogenannte »Team Streeck«, benannt nach dem Bonner Virologen Hendrik Streeck (nicht nach dem o.g. Kölner Soziologen Wolfgang Streeck), für einen mehr auf Freiheitskalkülen rekurrierenden Politikansatz, der die Gefährdungslagen »differenziert« betrachtete und für die Suche nach Wegen zur Konzentration des Infektionsschutzes auf sogenannte vulnerable Gruppen und für ein ansonsten weitgehend auf Freiheit und Eigenverantwortung setzendes Vorgehen plädierte. Mit den zugleich wissenschaftlich und politisch repräsentierten »Teams« waren allerdings nicht nur unterschiedliche Wissensbestände verbunden, sondern vielmehr zwei ethisch-politische Haltungen in der Deutung des Wissens und seiner Grenzen, für die die beiden Virologen in der Öffentlichkeit prominent standen.

Wissenschaftliches Wissen zirkulierte in der Öffentlichkeit und wurde durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in politikberatende Gremien eingebracht. Es bot zahllosen individuellen, kollektiven und kollektiv-verbindlichen (politischen) Entscheidungen sachliche und normative Orientierung und eröffnete damit mögliche Wege für den Umgang mit der Pandemie. Die Wege, die »Team Drosten« bevorzugte, waren normativ eher in Richtung »Vorsicht« orientiert, während die Wege des »Teams Streeck« sich eher in Richtung »Freiheit« orientierten. Beide zusammen stehen für eine grundlegende Problematik der Ausnahmepolitik, die Sicherheit vor den Gefahren einer Ausnahmesituation schaffen soll, wobei aber Freiheit häufig das erste Opfer klassischer, die Grundrechte einschränkender Ausnahmezustandspolitik wird. Die Intensität der öffentlichen Kontroversen über die Pandemieforschung und über die an ihr orientierten politischen Entscheidungen dürfte damit zusammenhängen, dass sowohl Sicherheit als auch Freiheit mit

existenziellen Fragen des (Über-)Lebens und mit verfassungsmäßig garantierten Grundrechten verbunden sind und dass es in der Pandemie schwierig oder unmöglich war, beides *gleichzeitig* umfassend zu gewährleisten.

Ab dem Frühjahr 2020 wurde die deutsche Öffentlichkeit viele Monate lang jeden Tag mit einer Vielzahl neuer Nachrichten, neuer Zahlen und neuer Grafiken zur laufenden Covid-19-Pandemie versorgt, die häufig das Ergebnis wissenschaftlicher Arbeit waren.<sup>6</sup> Viele wurden für Argumente in den kontroversen öffentlichen Debatten um angemessene und effiziente Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie genutzt. Einige wissenschaftliche Studien lösten sogar selbst Kontroversen aus. Zwei Kontroversen um die wissenschaftliche Arbeit der beiden prominenten Figuren Drosten und Streeck brachten es dabei sogar zu eigenen Hashtags: Unter dem Hashtag *#HeinsbergProtokoll* wurde die Feldforschung eines Teams der Universität Bonn um Hendrik Streeck im März und April 2020 in den sozialen Medien verbreitet, und der Hashtag *#Ich-HabeBesseresZuTun* begleitete Christian Drostens Auseinandersetzung mit der Bild-Zeitung im Mai 2020 über eine Studie, die an der Berliner Charité durchgeführt worden war. Mindestens ebenso interessant wie diese beiden Episoden war aber auch die öffentliche Politikberatung rund um eine Coronastudie der TU Dresden. Doch obwohl sie breit in Massenmedien präsentiert wurde und einigen Einfluss in Debatten zur Corona-Politik insbesondere in Sachsen hatte, scheint sie in der kollektiven Erinnerung keine große Rolle zu spielen. Interessant sind alle drei Fälle, weil sie das Zusammenspiel von wissenschaftlichem Wissen, normativen Orientierungen und politischen Entscheidungen oder Kalkülen anhand von Zeitfragen der Politik- und Öffentlichkeitsberatung in der Pandemie greifbar werden lassen.<sup>7</sup> Die Beispiele machen auf verschiedene Übersetzungsschwierigkeiten im Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik aufmerksam, für die auch temporale Aspekte von besonderer Bedeutung waren.

Im Folgenden werden wir deshalb ausgewählten Prozessen der Produktion und der Verbreitung von Wissen, der Artikulation von Meinungen und Stellungnahmen zu diesem Wissen und den politischen Entscheidungen, die auf dieses Wissen rekurren, anhand dieser drei Fälle exemplarisch nachgehen. An der Kontroverse *#HeinsbergProtokoll* wird zuerst gezeigt, wie mit dem Virologen Hendrik Streeck ein erster Gegen-Experte zum bis dahin dominierenden Christian Drosten bundesweit öffentlichkeitswirksam von der nordrhein-westfälischen

Landesregierung positioniert wurde, wodurch wissenschaftliche Expertisen selbst zu einem Gegenstand öffentlicher Kontroversen wurden (4.1). Danach wird an der Kontroverse #IchHabeBesseresZuTun dargestellt, wie die epistemische Autorität, die Christian Drost in der ersten Phase der Pandemie im öffentlichen Diskurs erlangt hatte, in den öffentlichen Kontroversen durch eine Kampagne der Bild-Zeitung in Frage gestellt wurde und wie dies zur Dynamik in der darauf folgenden antagonistischen Phase der öffentlichen Debatte beigetragen hat (4.2). Wie die spezifische Beziehung zwischen Landesregierungen und eigens beauftragten wissenschaftlichen Expertinnen und Experten sich auf die Gestaltung politischer Maßnahmen ausgewirkt hat, zeigen wir anschließend am Beispiel der sächsischen Landesregierung und ihres Sonderwegs zur frühzeitigen Wiederöffnung von Schulen und Kindertagesstätten (4.3), bevor wir anschließend kurz resümierend zwischen einer epistemisch-autoritativen und einer antagonistischen Phase der pandemiebedingten demokratischen Auszeit in Deutschland unterscheiden (4.4).

#### 4.1 #HeinsbergProtokoll: Zeit für strategische Öffentlichkeits- und Politikberatung

Im April 2020 war #HeinsbergProtokoll der Slogan einer Kampagne der PR-Agentur *Storymachine*, mit dem sie eine wissenschaftliche Untersuchung der Universität Bonn in der Gemeinde Gangelt im besonders von Covid-19 betroffenen Landkreis Heinsberg öffentlichkeitswirksam unterstützte.<sup>8</sup> Das Land Nordrhein-Westfalen hatte diese Studie in Auftrag gegeben. Nach einem sogenannten *superspreading event* im Zusammenhang mit Karnevalsfeierlichkeiten in dem Landkreis sollten die lokale Dynamik des Infektionsgeschehens und die gesundheitlichen Folgen beispielhaft untersucht und verstanden werden. Geforscht wurde durch eine Gruppe der Universität Bonn unter der Leitung des Virologen Hendrik Streeck. Die kommunikativen Dienstleistungen der PR-Agentur erfolgten ohne eine öffentliche Finanzierung, wie Michael Mrontz, einer der Mitinhaber von Storymachine und ein persönlicher Bekannter des Studienleiters Streeck betonte.<sup>9</sup> In der Selbstdarstellung des Kampagnen-Twitter-Accounts @hbergprotokoll<sup>10</sup> zielte die Kampagne darauf ab, dass die Öffentlichkeit über die wissenschaftliche Arbeit aufgeklärt werden sollte. Doch vor allem konzentrierte sich die PR-Arbeit auf die

Vor- und Nachbereitung einer Pressekonferenz, die die nordrhein-westfälische Landesregierung am 9. April 2020 mit ihrem Ministerpräsidenten Armin Laschet, mit dem Studienleiter Hendrik Streeck und mit weiteren Studienbeteiligten veranstaltete. Auf dieser Pressekonferenz wurden erste Zwischenergebnisse der Untersuchung präsentiert und mögliche politische Schlussfolgerungen gezogen.

Laschet formulierte in seiner Begrüßungsrede zu Beginn der Pressekonferenz ein unmittelbar sachpolitisches Interesse an den Ergebnissen. Dieses sah er darin, »Begründungen« für die weitere Pandemiopolitik zu erarbeiten, um »Lösungen [zu] finden, die Freiheit und Gesundheit der Menschen besser als bisher miteinander in Einklang bringen«.<sup>11</sup> Die Untersuchung stand in einem weiteren Zusammenhang von Bemühungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung, mit Unterstützung eines interdisziplinären Expertenrats, dem auch Streeck angehörte, »zu einer Abwägung [zu] kommen«, für die auch mögliche »Schäden durch den Lockdown [...] in Rechnung [ge]stell[t]« werden sollten.<sup>12</sup> In seiner Ansprache richtete Laschet den inhaltliche Fokus also auf problematische (Neben-)Folgen der bis dahin geltenden, relativ strikten Infektionsschutzmaßnahmen sowie auf die Frage der sachlichen Begründung und der Verhältnismäßigkeit der »pauschalen Einschränkungen« des öffentlichen Lebens und damit einhergehend von Grundrechten. Über den zeitlichen Kontext der Pressekonferenz hinausgehend betonte er, dass »[d]ie Erkenntnisse [...] unsere politischen Entscheidungen in der nächsten Woche, wenn die Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin zusammenkommen, unterstützen [sollen]«.<sup>13</sup>

Die Präsentation der Heinsberg-Studie ist also ein Beispiel für die unmittelbare zeitliche Verbindung von wissenschaftlicher Expertise und politischen Entscheidungsprozessen, die in der Pandemie nicht nur in diesem Fall sichtbar wurde. Die öffentliche Darstellung und Deutung der Ergebnisse folgte dabei einem klar erkennbaren zeitlichen Plan, indem eine Kommunikationskampagne den Termin der Präsentation vorbereitete und begleitete, die im zeitlichen Vorfeld anstehender politischer Entscheidungen stattfand.

Im Anschluss an die öffentlichkeitswirksame Präsentation der Zwischenergebnisse setzte unmittelbar eine kontroverse Diskussion ein. Christian Drosten kritisierte, man könne aus den Darlegungen in der Pressekonferenz »gar nichts ableiten«,<sup>14</sup> weil die vorgestellten Informationen nur vorläufige Zwischenergebnisse waren, ohne dass der Gang der Forschung und die Ergebnisse fachlich unabhängig geprüft

werden konnten. Der Termin der Pressekonferenz lag Wochen bevor die Auswertung der erhobenen Daten zu einem Abschluss gekommen war. Unabhängig nachprüfbare Ergebnisse sollten und wurden auch erst einen Monat später in Form einer vorläufigen Veröffentlichung auf einem sogenannten Preprint-Server für medizinische Forschungsergebnisse zur Verfügung gestellt.<sup>15</sup> Während sich Drostens Kritik auf die unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu frühe öffentliche Präsentation der vorläufigen Zwischenergebnisse richtete, führten die an der Forschung Beteiligten dagegen »ethische Gründe« für diesen frühen Zeitpunkt an. Die Pressekonferenz habe stattgefunden, »weil wir uns verpflichtet fühlten, einen nach wissenschaftlichen Kriterien erhobenen validen Zwischenstand vor Publikation mitzuteilen«.<sup>16</sup>

Entgegen Drostens Einschätzung, man könne aus den vorläufigen Untersuchungsergebnissen gar nichts ableiten, wurden doch genau solche politischen Schlussfolgerungen gezogen. Streeck plädierte in der Pressekonferenz für den Übergang in eine sogenannte »Phase 2« der Pandemiebewältigung, wie sie die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene (DGKH) kurz zuvor definiert hatte.<sup>17</sup> Einer der beiden Autoren dieses Papiers, DGKH-Präsident Martin Exner, war als Wissenschaftler der Universität Bonn selbst auch an der Heinsberg-Studie beteiligt. Die »Phase 2« meinte eine »[b]eginnende kontrollierte Rücknahme der Quarantänisierung [der Bevölkerung] bei gleichzeitiger Sicherung hygienischer Rahmenbedingungen und Verhaltensweisen«. Streeck empfahl also ein Ende der bisherigen Infektionsschutzmaßnahmen und »die schrittweise Wiedereröffnung von Schulen, Kitas, Universitäten, anderen Einrichtungen des öffentlichen Lebens unter fortbestehender strikter Wahrung von Kontaktvermeidung (1,5 Meter-Regel) und Basisregeln der Hygiene (Mund-Nasen-Schutz, Händewaschen) und strikter Separierung von Personen der vulnerablen Gruppen«.<sup>18</sup> Diese Empfehlung stand in einem Zusammenhang mit einem bereits im März 2020 durch den Vorstand der DGKH in einem Konzeptpapier formulierten Strategie der gebremsten, kontrollierten Durchseuchung der Bevölkerung bei Konzentration der Infektionsschutzmaßnahme auf Risikogruppen. Die DGKH hatte explizit betont, man könne »die Epidemie nicht soweit strecken [...], bis ein Impfstoff zur Verfügung steht«.<sup>19</sup>

Hier wird sichtbar, dass sich wissenschaftliche Politik- und Öffentlichkeitsberatung zum einen nicht allein auf die Bereitstellung wertneutraler Sachaussagen beschränkte und wie zum anderen Evidenzen und

wissenschaftliche Meinungen zu Empfehlungen zusammengezogen wurden, um bestimmte gesellschaftliche oder politische Haltungen und Programme zu unterstützen. Im konkreten Fall argumentierte das wissenschaftliche Netzwerk um Hendrik Streeck für ein Ende der stark einschränkenden, pauschalen Infektionsschutzmaßnahmen, die seit der zweiten Märzhälfte galten, und für eine kontrollierte Wiedereröffnung des gesellschaftlichen Lebens unter der Prämisse der Möglichkeit einer gebremsten Durchseuchung der Bevölkerung bei gleichzeitigem Schutz besonders vulnerabler Gruppen. Der sich daran entzündende Konflikt zwischen wissenschaftlichen Expertinnen und Experten bezog sich zwar nicht nur auf Zeitfragen einer guten wissenschaftlichen Praxis – was sollte zu welchem Zeitpunkt wie veröffentlicht werden? – und damit wenigstens indirekt auch auf umstrittene Sachfragen über unvollständige Wissensbestände. Er drehte sich ebenso sehr um die Fragen einer mehr oder weniger reduzierten Infektionsdynamik sowie implizit um widerstreitende politisch-programmatische und »ethische Gründe«<sup>20</sup>, mit denen Streeck das Vorgehen seiner Gruppe explizit gerechtfertigt hatte.

Die gesamte Inszenierung der Heinsberg-Studie und ihrer Ergebnispräsentation durch eine PR-Kampagne zog dabei viel Kritik auf sich.<sup>21</sup> Die Agentur *Storymachine* wurde vom Deutschen Rat für Public Relations für eine »Rufschädigung des Berufsstands durch unprofessionelles Verhalten« gerügt. Es habe sich bei der Kampagne #HeinsbergProtokoll um eine »Maßnahme mit dem Ziel, ein vorformuliertes Narrativ in der Öffentlichkeit zu platzieren«, gehandelt, was der Aufgabe »eine[r] möglichst neutrale[n] Vermittlung von Wissenschaft in einem für eine Krise typischen nervösen Umfeld« nicht entsprochen habe.<sup>22</sup> »[D]er dann entstandene kommunikative Verlauf war aus professioneller Sicht vorhersehbar und hat in der sensiblen Corona-Gesamtsituation zu einer nachhaltigen Verunsicherung der Öffentlichkeit beigetragen«, so beurteilte der Deutsche Rat für Public Relations die Intentionen und die Folgen der Kampagne.<sup>23</sup>

In politischer Hinsicht erzeugte diese Form öffentlicher Expertise damit eher das Gegenteil dessen, was Laschet sich erhofft haben dürfte. Zwar entstanden im Zuge der Präsentation der vorläufigen Forschungsergebnisse und gerade wegen des damit entfachten Streits der Expertinnen und Experten und der neuen Unsicherheit in öffentlichen Diskursen neue Spielräume für politische Entscheidungen. Allerdings geschah dies weniger auf der Grundlage vermeintlich besseren Wissens, als vielmehr



wegen der Verunsicherung über die Validität alles erarbeiteten Wissens und der möglichen ethisch-politischen Motive von Akteurinnen und Akteuren aus der Wissenschaft, die öffentlich entstanden waren.

Weil die Untersuchung bzw. die voreilige Präsentation ihrer vorläufigen Ergebnisse wissenschaftlich nicht solide genug waren, blieben diese Ergebnisse auch als Begründungen für neue politischen Entscheidungen nicht unumstritten. Spätestens ab diesem Zeitpunkt waren in der deutschen Öffentlichkeit sich gegenseitig widersprechende Expertisen und Begründungen deutlich erkennbar – die »Illusion« eines einheitlichen wissenschaftlichen Wissens war öffentlichkeitswirksam zerstört worden.<sup>24</sup> Mit der Kampagne #HeinsbergProtokoll betrat der Virologe Hendrik Streeck als ein neuer Experte die Bühne der Öffentlichkeit, dessen Stimme im weiteren Verlauf der Pandemie immer wieder prominent Gehör fand und der in der öffentlichen Darstellung zu einer Art Gegenspieler des damals bereits sehr prominenten Christian Drosten stilisiert wurde. Entgegen dem manchmal verbreiteten Eindruck der »Mystifizierung«,<sup>25</sup> wonach Expertinnen und Experten die entscheidenden Rollen in der Entwicklung vermeintlich alternativloser Regierungsprogramme spielten, vollzieht sich ihre Wirkung in diesem Beispiel nach einer entgegengesetzten Logik. Das heißt, die in Form von Expertisen vorgetragene Mischung aus Wissen und ethisch-politischen Orientierungen wurde selbst zu einem Gegenstand öffentlichen Streits.

## 4.2 #IchHabeBesseresZuTun: (Un-)Zeitgemäßes Wissen eines Corona-Helden

In Deutschland spielte der Berliner Virologe Christian Drosten sicherlich eine der prominentesten Rollen als Corona-Berater von Politik und Öffentlichkeit. Der Wissenschafts-Podcast *Coronavirus-Update* des NDR, in dem er ab dem 26. Februar 2020 zunächst täglich und später in größeren Abständen sowie abwechselnd mit der Frankfurter Virologin Sandra Ciesek die neuesten Informationen und Entwicklungen in der Pandemie vorstellte und analysierte, erreichte in den ersten Wochen der Pandemie den Status einer Art nationalen öffentlichen Versammlungsortes. Drosten war aufgrund seiner bereits langjährigen Forschungsarbeiten zu Corona-Viren und wegen der Entwicklung des weltweit ersten Corona-Tests durch sein Team schon zu Beginn der Pandemie ein weltweit anerkannter Experte. In Deutschland wurde er in der Presse bald als ei-

ne Art technokratischer Schatten-Regierungschef dargestellt, als »unser neuer Kanzler«. <sup>26</sup> Wer Drostens Podcast hörte, konnte vor allem zu Beginn der Pandemie zeitweise den Eindruck gewinnen, vorab zu erfahren, was übermorgen die Regierung sagen und entscheiden würde. Relevante Fragen, mögliche Schutzmaßnahmen und Gründe für mögliche politische Entscheidungen waren vor allem in der Frühphase der Pandemie häufig zuerst in Drostens Podcast zu hören gewesen.

Drosten wirkte zwar auch als Berater der Bundesregierung und von Landesregierungen, doch ist auch die politische Wirkung von Drostens öffentlichen Aussagen nicht zu unterschätzen, wie beispielsweise jener, die er in einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* am 20. März 2020 äußerte: »Wir müssen vielleicht davon ausgehen, dass wir gesellschaftlich ein Jahr im Ausnahmezustand verbringen müssen.« <sup>27</sup> Obwohl mit Ausnahmezustand hier ein unspezifisches Verständnis im Sinne einer Krisensituation und damit verbundener außergewöhnlicher Lebensumstände gemeint gewesen sein dürfte, sind solche öffentlichen Diskurse relevant für die Plausibilisierung von realen Ausnahmepolitiken. Entsprechend kann auch der Podcast *Coronavirus-Update* als ein mediales Format der Ausnahme- oder Krisenkommunikation begriffen werden, das zunächst dem Zweck diene, »verunsicherte Laien mit einem Basiswissen in Virologie und Epidemiologie [zu] versorgen«. <sup>28</sup>

Mit der Zeit entwickelte sich das *Coronavirus-Update*, das als typischer Wissenschafts-Podcast für eine Informationssendung über den tagesaktuellen Stand des Wissens begonnen hatte, in Richtung eines viel umfassenderen, reflexiven und auch methodenkritischen Bildungsformats für »educating a pandemic-wise public«. <sup>29</sup> Dabei diskutierte der Podcast regelmäßig die Grenzen des wissenschaftlichen Wissens, die Drosten selbst einmal so definierte: »Ich sehe meinen Job nicht darin, die Wahrheit zu verkürzen, sondern darin, die Aspekte der Wahrheit zu erklären, aber auch Unsicherheiten zuzulassen und zu sagen: Das weiß man so nicht – und dass dann eine politische Entscheidung nötig ist« <sup>30</sup>. Man kann diese angesprochenen Unsicherheiten in zweierlei Hinsicht auffassen, nämlich einerseits als wissensimmanente Grenzen, die im Zeitverlauf verschoben werden können, das heißt, dass man etwas vorläufig »so nicht weiß«, aber womöglich noch herausfinden wird. Und andererseits kann sie als äußere Grenzen des wissenschaftlichen Wissens verstanden werden, als etwas, das jenseits dessen liegt, was wissenschaftlich ergründet werden kann und wofür »dann eine politische Entscheidung nötig ist«. In Drostens Darstellung scheint es, als seien beide Gren-

zen kongruent, das heißt, dass der Bereich dessen, was politisch entschieden werden kann, definiert wird durch das, was man (noch) nicht weiß, und sich dementsprechend verändern kann, wenn sich die Grenzen dessen, was man weiß, verschieben lassen.

In der Frühphase der Pandemie waren nur sehr wenige andere Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler in Deutschland wohl auf ausreichend fachlicher Augenhöhe, um mit dem ausgewiesenen Coronavirus-Forscher Drostens öffentlich zu diskutieren.<sup>31</sup> Spätestens mit der Heinsberg-Studie und dem Auftreten von Hendrik Streeck wurden aber Gegenexpertisen öffentlich sichtbar, die zum Teil auf der Grundlage eigener Forschungen zu anderen Empfehlungen über den Umgang mit der Pandemie gelangten. Teilweise wurden sie zumindest Gegenstand der Debatte in Drostens Podcast, auch wenn sie dort nicht selbst mit ihm diskutierten. Nicht alles, was als akademische Expertise in der Öffentlichkeit sichtbar wurde, mag unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten das gleiche Niveau erreicht haben, aber ein Mangel an öffentlich konkurrierenden Angeboten für eine ethisch-politische Orientierung in der Pandemie bestand bereits nach wenigen Wochen nicht mehr.

Zu einer Angleichung der »Augenhöhe« sollte auch der Versuch einer öffentlichen Demontage Drostens beitragen, die die Bild-Zeitung Ende Mai 2020 inszenierte und der ein besonders drastisches Beispiel für Drostens »getrübtes Verhältnis zu den Medien«<sup>32</sup> ist. Die Bild hatte Drostens zu einer Stellungnahme zu einigen kritischen Anmerkungen anderer Forscherinnen und Forscher aufgefordert, die das statistische Vorgehen einer Untersuchung zur Viruslast bei Kindern hinterfragt hatten, die durch Drostens Forschungsabteilung durchgeführt worden war. In der öffentlichen Debatte ging es zu dem Zeitpunkt unter anderem um die Frage, inwieweit und unter welchen Umständen der Betrieb von Kindergärten und Schulen wieder normalisiert werden konnte. Drostens Studie legte dafür eher ein vorsichtiges und überlegtes Vorgehen nahe. Aber in der gerade politisch eingeleiteten Phase der Wiedereröffnung von Schulen und Kindergärten nach der ersten Welle der Pandemie waren diese neuen Erkenntnisse mindestens unzeitgemäß, vielleicht manchen sogar ein Dorn im Auge. Die Bild bauschte dafür die wissenschaftliche Kontroverse, die sich um methodische Detailfragen drehte, aber an der Sache im Kern wenig oder nichts änderte,<sup>33</sup> deutlich auf, so dass Drostens als Wissenschaftler delegitimiert zu werden drohte. Der Journalist Michael Hanfeld bewertete das Vorgehen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* als eine »versuchte Ver-

nichtung»<sup>34</sup> des Wissenschaftlers, und der Deutsche Presserat erkannte im Bild-Artikel »mehrere schwere Verstöße gegen die journalistische Sorgfaltspflicht«.<sup>35</sup>

Drostens Reaktion auf Twitter, in der er die Anfrage der Bild öffentlich machte und mit den Worten »Ich habe besseres zu tun« zurückwies, wurde unter dem Hashtag #IchHabeBesseresZuTun ein digital-viraler Hit. Die Bild-Kampagne und Drostens Reaktion darauf mobilisierten große Unterstützung für den Forscher und trugen sicher zur Formierung des gesundheitspolitischen »Teams Drost« bei. Ein bemerkenswertes Symptom dieser Mobilisierung war ein Christian-Drost-Fan-Song der Punk-Band ZSK Berlin mit eben dem Titel »Ich habe besseres zu tun«, der kurze Zeit nach der Bild-Kampagne veröffentlicht wurde.<sup>36</sup> In einem Video, über das die Band das Lied verbreitete, läuft eine Figur mit Drostens Konterfei im Stil des Computerspiel-Helden *Super Mario* durch eine stilisierte Landschaft und vollbringt eine ganze Reihe (Helden-)Taten. Seine Laserstrahl-Augen zerstören unablässig heranfliegende Viren, während er auf seinem Weg Podcasts »raushaut«, von Spiegel-Online zitiert wird (das er zugleich verprügelt), einen Anruf der Bild zurückweist, von Kanzlerin Merkel um Hilfe gebeten wird, auf Familienzeit verzichtet, weil er ständig an wissenschaftliche Arbeiten denkt, mit Diffamierungen konfrontiert wird, Telegram-Chats vertreibt, »Aluhut-Träger«, Xavier Naidoo und Attila Hildmann in den Boden stampft, OP-Masken verteilt, »die Menschheit retten« will und »Respekt für das Leben« einfordert. Derweil besingt der Sänger als Ich-Erzähler alle diese Taten, und im Refrain des Lieds wird die »viral« gegangene Twitter-Botschaft Drostens »Ich habe besseres zu tun« zitiert. Gegen Ende des Videos versammeln sich die Mitglieder der Punk-Band als weitere Figuren um den Computerspiel-Helden, der seine neuen Begleiter mit Laser-Augen vor angreifenden Viren beschützt. Das Lied endet mit dem gemeinsamen Besteigen eines (Sieger-)Podests.

Abb. 5: Screenshot aus dem Musikvideo »Ich habe besseres zu tun« von ZSK Berlin.



An diesem Video fällt besonders ins Auge, dass die dort dargestellten Heldentaten nur am Rande mit Drostens wissenschaftlicher Arbeit zu tun haben. In erster Linie bewegt sich der Computerspiel-Drosten durch eine Landschaft, die durch politische und gesellschaftliche Konfliktlagen und zahlreiche gesellschaftspolitische Aufgaben im Zusammenhang mit der Pandemiebewältigung gekennzeichnet ist, neben denen der »Kampf« gegen das Virus eher an den Rand gerückt zu sein scheint. Das Lied und sein Video verdeutlichen, auf welche Weise Drosten als eine außergewöhnliche Figur in der öffentlichen Kontroverse rund um die Covid-19-Pandemie in Deutschland wahrgenommen wurde – und dass seine Rolle politische Implikationen hatte.

Noch Ende April 2020 hatte der Musiker Bodo Wartke ebenfalls einen Christian-Drosten-Fan-Song veröffentlicht, in dem mögliche Konflikte um die Pandemiepolitik nur am Rande angedeutet und vor allem im fernen brasilianischen und US-amerikanischen Ausland, bei »Typen wie Bolsonaro und Trump«, verortet wurden. Christian Drosten wurde darin vor allem als Wissenschafts-Podcaster vorgestellt, der durchaus auch heldenhafte Züge trägt. Er arbeite »für das ganze Land im Ausnahmezustand«, er halte »das Land auf dem neuesten Stand und bleibt für uns auf Posten«, er sei »derjenige, der uns durch diese fiese Krise navigiert,« er »leitet uns durch diese schwere Zeit« und er sei ein »Fels in der Brandung«, dichtete Wartke.<sup>37</sup> Diese ganz ungebrochene Heldenfigur ruft die Assoziation eines unumstrittenen Anführers hervor<sup>38</sup> und steht für eine erste, epistemisch-autoritative Phase der Pandemiepolitik, die bereits im April 2020 zu Ende ging.

Der Fan-Song von ZSK zeigt dagegen die Wandlung Drostens von einem Superhelden im einsamen Kampf gegen die Pandemie zu der zentralen Figur eines ethisch-politischen »Teams Drostens«. Sie illustriert den Übergang in eine zweite, stark kontroverse oder antagonistische Phase der Pandemiepolitik in Deutschland, die ungefähr im Mai 2020 und im zeitlichen Kontext der Bild-Kampagne einsetzte. In den folgenden Monaten und Jahren erscheint Drostens als Repräsentant eines pandemiepolitischen »Teams« und seine Rolle gleicht mehr und mehr derjenigen eines »postheroische[n] Helden«<sup>39</sup>, der seinen unermüdlichen Kampf gegen die Windmühlenflügel der *false balance* des politischen Journalismus und der nicht notwendigerweise nur an Sachargumenten orientierte Entscheidungslogik der Politik sowie gegen persönliche Anfeindungen nur mit kollektiver Unterstützung leisten kann.

#### 4.3 »Bremsklötze der Infektion«: Ethik, Wissen und Entscheiden in der dynamischen Pandemie

Nach dem Zurückdrängen der ersten Infektionswelle öffnete Sachsen als erstes Bundesland ab dem 18. Mai 2020 seine Schulen und Kindergärten für einen sogenannten »eingeschränkten Regelbetrieb«.<sup>40</sup> Entgegen dem bis dahin geltenden Beschränkungen, wie Abstandsregeln, sehr eingeschränkten Gruppengrößen usw., die nur eine Notbetreuung für einen Teil der Kinder und Jugendlichen zugelassen hatten, war damit ein Schul- und Kindergartenbetrieb gemeint, bei dem alle in ihren normalen Klassen und Gruppen lernen und spielen können sollten. Dabei sollten die einzelnen Gruppen und Klassen allerdings streng voneinander getrennt und in fester Zusammensetzung bleiben, um mögliche Infektionsketten zu begrenzen und nachverfolgen zu können. Sachsen wurde mit diesem »Paradigmenwechsel«<sup>41</sup> zu einem Vorreiter unter den Bundesländern.

Der für Schulen zuständige sächsische Kultusminister Christian Piwarz bezeichnete dieses Vorgehen in einer extra anberaumten Pressekonzferenz als »mutigen Schritt«, der aber »notwendig und wichtig« sei.<sup>42</sup> In einem Interview mit dem bildungs- und wissenschaftspolitischen Blog von Jan-Martin Wiarda begründete er das Vorgehen mit drei Argumenten: Erstens sei der Beschluss auf der Grundlage einer »Güterabwägung« zwischen Infektionsschutz und »dem Recht der Kin-

der auf Teilhabe und Bildung« erfolgt, mit letzterem als »der für uns ausschlaggebenden Seite«. Damit im Zusammenhang stand, zweitens, die Beobachtung »all der übrigen und viel bedeutenderen Lockerungen, die deutschlandweit eingeführt wurden« und die eine sehr starke Beschränkungen für Kinder nicht vertretbar erscheinen ließen. Schließlich rekurrierte er, drittens, auf die wissenschaftliche Expertise, die das Ministerium konsultiert hatte.<sup>43</sup>

Das Ministerium hatte sich bei der Erarbeitung des Konzeptes der Schul- und Kindergartenöffnung insbesondere von dem Kinder- und Jugendmediziner und -infektiologen der TU Dresden Reinhard Berner »maßgeblich beraten« lassen. Die »wissenschaftlichen Hinweise«, die dabei zusammengetragen worden waren, legten nach Aussage des Ministers nahe, »dass Kinder unter zehn Jahren einerseits seltener und weniger schwer an Covid-19 erkrankten, andererseits das Virus aber auch kaum weitertragen«.<sup>44</sup> Unter Verweis auf solche Beobachtungen hatte sich Berner bereits zuvor für Öffnungen von Schulen und Kindergärten ausgesprochen und eine Politik des möglichst umfassenden Infektionsschutzes abgelehnt, indem er öffentlich »gerade in der Population der Kinder eine langsam ansteigende Durchseuchung« forderte.<sup>45</sup> Auch wenn die Entscheidung für Schul- und Kindergartenschließungen zu Beginn der Pandemie richtig gewesen seien, waren sie seines Erachtens »auf der Grundlage von Annahmen getroffen worden, von denen wir heute wissen, dass sie nicht ganz richtig sind«.<sup>46</sup> Gemeint war damit die Annahme, dass der Schul- und Kindergartenbetrieb eine wesentliche Rolle für die Ausbreitung von Infektionen in der Gesellschaft spielen würde, die Berner bezweifelte: »Kinder sind nicht die relevanten Infektionsschleudern.«<sup>47</sup>

Die Politikberatung durch Reinhard Berner war keine einmalige, punktuelle Angelegenheit, sondern diente dem Kultusministerium in den folgenden Monaten der Pandemie mehrfach als Begründung für seine pandemiepolitischen Entscheidungen.<sup>48</sup> Die Wiedereröffnung und der Betrieb der Schulen und Kindergärten unter Pandemiebedingungen wurden mit mehreren epidemiologischen und medizinischen Studien begleitet, die das Ministerium finanzierte, die Berners Forschungsgruppe und weitere wissenschaftliche Kooperationspartner erstellten und deren Zwischenergebnisse Ministerium und Wissenschaft gemeinsam öffentlichkeitswirksam präsentierten.

Ähnlich wie im Fall der Heinsberg-Studie wurden auch hier mehrfach an politisch opportunen Zeitpunkten Pressemeldungen verbreitet

und Pressekonferenzen abgehalten, ohne dass die wissenschaftlichen Papiere bereits vorgelegen hatten. Besonders prominent wurde eine durch Berners Forschungsgruppe erstellte epidemiologische Untersuchung in sächsischen Schulen, die in drei Erhebungswellen Daten über das Infektionsgeschehen unter Schülern der 8. bis 11. Klassen und ihrem Lehrpersonal sammelte und auswertete. Die erste Erhebung fand zwischen dem 25. Mai und dem 30. Juni 2020 im eingeschränkten Regelbetrieb statt, die zweite Datensammlung wurde dann vom 15. September bis zum 13. Oktober 2020 im Normalbetrieb der Schulen durchgeführt. Beide dienten sowohl Berner als auch dem Kultusministerium als Argumente für ihre schulpolitischen Empfehlungen und Entscheidungen.

Eine der vom Kultusministerium gemeinsam mit ihrem Experten veranstalteten Pressekonferenzen fand am 13. Juli 2020 statt, wenige Tage vor Beginn der Sommerferien in Sachsen. Berner stellte erste Zwischenergebnisse seiner Studie zum Infektionsgeschehen in Schulen vor und Minister Piwarz erläuterte seinen Plan zur Aufnahme eines Regelbetriebs an Schulen nach den Sommerferien, den er mit den Studienergebnissen zu plausibilisieren suchte. Die erste Datenerhebung und -auswertung hatte ein sehr geringes Infektionsgeschehen in den untersuchten Schulen ermittelt.<sup>49</sup>

Bemerkenswert an dieser Pressekonferenz als Form der öffentlichkeitswirksamen wissenschaftlichen Expertise und Politikberatung war vor allem, dass Berner ein eingängiges Schlagwort prägte, mit dem er in der Fragerunde die Skepsis mancher Journalistinnen und Journalisten gegenüber den Studienergebnissen und den daraus gezogenen politischen Schlussfolgerungen zu zerstreuen versuchte. Er sagte, die untersuchten Jugendlichen seien »wahrscheinlich [...] sogar Bremsklötze, sozusagen, in dieser Infektion, das heißt nicht jede Infektion, die ankommt, wird weitergegeben.«<sup>50</sup> Dieses Schlagwort der »Bremsklötze« schaffte es am folgenden Tag in die Überschriften der überregionalen Presseberichterstattung und prägte Teile des Diskurses über mehrere Monate.<sup>51</sup> Ab Herbst 2020 wurde in der Öffentlichkeit dann kontrovers diskutiert, ob und inwieweit der Schul- und Kindergartenbetrieb womöglich doch einen relevanten Beitrag im Corona-Infektionsgeschehen leistete, wobei der Experte Berner und der Minister Piwarz ihre Ansichten verteidigten, dass der Schul- und Kindergartenbetrieb keinen besonderen Beitrag zum Pandemiegesehen leistete. Dagegen hatte beispielsweise Drost in seinem Podcast mehrfach zu »Vorsicht« im



Umgang mit der prominenten Schulstudie aus Sachsen geraten und ihre Qualität angezweifelt.<sup>52</sup> Minister Piwarz verteidigte sie dagegen noch im Januar 2021, indem er von »wiederholte[n], sehr valide[n] Studien in Sachsen« sprach. Dass nicht die räumliche Nähe der Forschung, sondern die pandemiepolitische Implikation von entscheidender Bedeutung war, wurde deutlich, als er betonte, dass er »immer noch die Auffassung unserer Wissenschaftler [vertrete], dass die Schulen nicht die Treiber der Pandemie sind«.<sup>53</sup>

Im Februar 2021 nahm Berner schließlich seine Bremsklotz-Metapher, die ein wichtiges Narrativ geprägt hatte, öffentlich zurück und stellte klar:

»In dieser Pressekonferenz, als ich den Begriff Bremsklotz genutzt habe, also, das ist kein geschickter Begriff gewesen, und wenn ich gewusst hätte, was daraus wird, hätte ich den sicher nicht benutzt. [...] Ich würde ihn jetzt heute nicht mehr sagen. Ich meine, [...] selbst Donald Trump hat ja irgendwie aus diesem Bremsklotz gemacht, Kinder seien immun gegen das Corona-Virus. Also meine Güte, wenn ich das geahnt hätte, hätte ich das, dieses Wort, nicht in den Mund genommen.«<sup>54</sup>

In einem präziseren wissenschaftlichen Vokabular argumentierte Berner nun, er sei davon überzeugt, dass sich das Virus unter Kindern etwas weniger schnell ausbreiten würde als unter Erwachsenen, das heißt »sie verkleinern diesen sogenannten R-Wert.«<sup>55</sup> Darüber hinaus vertrat er nun die Ansicht, dass die Studie keine direkte politische Relevanz habe, sondern nur einen »Puzzlestein« zum wissenschaftlichen Wissen beitrage. Er sei »jetzt persönlich auch nicht der Meinung, dass unsere Studie einen ganz wesentlichen Beitrag für diese Entscheidungsfindung [der Politik] liefern kann«.<sup>56</sup>

Diese Zurücknahme des Wortes sowie die deutliche Abschwächung der Interpretation und der politischen Relevanz der Untersuchung erfolgte, nachdem über den Herbst und Winter die Anzahl der Krankheits- und Todesfälle gerade in Sachsen stark angestiegen war, wodurch das Gesundheits- und das Bestattungswesen über ihre Grenzen hinaus belastet wurden.<sup>57</sup> Die gesamte Erzählung, der Schulbetrieb trage deutlich weniger zum Infektionsgeschehen bei oder bremse es sogar, verlor erst Monate später an Einfluss auf die öffentliche Debatte. Andere Untersuchungen, zum Beispiel an Schulen in Bremen, hatten inzwischen ermit-

telt, »dass das Infektionsgeschehen unter Kindern und Jugendlichen in Schulen und Kitas eine Rolle spielt – wenn auch vielleicht nicht die dominante«, man dürfte »die Kitas und Schulen aber in keinem Fall vernachlässigen«. Denn die Zahl der ermittelten Infektionsfälle sei »schlimm genug, weil wir ja [...] bisher davon ausgegangen sind, dass Kinder und Jugendliche sich seltener mit dem SARS-CoV-2-Virus infizieren als Erwachsene«. <sup>58</sup> Für Drosten stellte sich die Frage, wie sich überhaupt die Idee verbreiten konnte, Kinder seien für das Infektionsgeschehen nicht wesentlich: »Dass daran so grundlegende Zweifel aufkommen konnten, war mir ein Rätsel und ist es bis heute.« <sup>59</sup>

Eine Erklärung ist, dass sich rund um dieses Narrativ eine »Diskurskoalition« herausgebildet hatte, das heißt eine »Kombination von Akteuren [...] mit spezifischen Bewertungen [...] und bestimmten Deutungen [...] eines Themas« <sup>60</sup>, die diese Erzählung über die Monate wiederholte, variierte und weitertrug. Damit ist keine klar abgrenzbare und untereinander abgesprochene, einheitliche Gruppe von Akteuren gemeint, noch wird behauptet, dass der Wissenschaftler Berner und/oder der Minister Piwarz als zentrale Initiatoren einer solchen Diskurskoalition vorgestellt werden können.

In einer umfassenderen empirischen Analyse könnte aber womöglich ermittelt werden, wie zum einen die Deutung, der Schul- und Kindergartenbetrieb leiste keinen erheblichen Beitrag zum Infektionsgeschehen, in Verbindung stand mit der Bewertung, Einschränkungen in der Pandemie seien eine nicht zumutbare oder nur im Sinne eines letzten Mittels zumutbare Belastung für Kinder und Jugendliche, und wie zum anderen Akteure in der Politik, in Verbänden und im Journalismus dieser Erzählung weiterentwickelten und wiederholten. Offenkundig ist eine solche Verbindung in den Begründungen des sächsischen Kultusministeriums zur Wiederaufnahme und zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs ab Mai 2020, in denen eine Güterabwägung zwischen Gesundheitsschutz und Bildungs- und Teilhaberechten erfolgte. Sichtbar wird diese Verbindung auch in einigen Stellungnahmen von kinder- und jugendmedizinischen Fachverbänden, die von Berner mit verfasst worden waren. Beispielsweise wurden wenige Tage nach der Zurücknahme seiner Bremsklotz-These in einer solchen Stellungnahme zweier Verbände die Feststellung formuliert, dass »Kinder in Gemeinschaftseinrichtungen [zwar] am SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen teil[nehmen], [...] aber selbst keine Treiber der Pandemie [sind]«, und mit der Forderung kombiniert, dass »[j]edwede Einschränkung der

Grundrechte von Kindern und Jugendlichen, die ihnen fremdnützig auferlegt wird, [...] einer strengen ethischen Abwägung« bedürfe.<sup>61</sup>

Im Zentrum der Diskurskoalition lässt sich das politische Programm identifizieren, dass »der Erhalt des Betriebs von Gemeinschaftseinrichtungen für Kinder und Jugendliche die höchste Priorität haben« müsse.<sup>62</sup> Für dessen Plausibilisierung war die (vermeintliche) Validität der Schulstudien allerdings keine Notwendigkeit, wie spätestens nach der Relativierung des Bremsklötze-Narrativs deutlich wurde, als zunehmend eine anders gelagerte Begründungsfigur genutzt wurde. Mit Bezug auf die ethischen Implikationen für Kinder und Jugendliche formulierten dieselben Akteure nun, dass Einschränkungen des Schul- und Kindergartenbetriebs »einer wissenschaftlich konkret belegbaren Rechtfertigung«<sup>63</sup> bedürften. Während das erste Narrativ nahelegte, ihr Betrieb sei für das gesamtgesellschaftliche Infektionsgeschehen unproblematisch und könne deshalb fortgeführt werden, wurde im zweiten Narrativ gefordert, dass Schulen und Kindergärten solange betrieben werden sollten, bis ein direkter, wissenschaftlicher Nachweis erbracht worden wäre, dass Einschränkungen einen konkreten Nutzen zur Vermeidung schwerer Erkrankungen und Todesfälle hätten.

Beide Narrative kreisten um die formal gleiche Idee eines sicheren wissenschaftlichen Wissens, dessen Vorhandensein entweder behauptet oder gefordert wurde, um die gegensätzlichen Politiken des Aufrechterhaltens beziehungsweise des Einschränkens eines weitgehend regulären Schul- und Kindergartenbetriebs zu begründen. Dabei entwickelten sie zwei unterschiedliche Zeitperspektiven. Das (vermeintlich) sichere Wissen über die »Bremsklötze der Infektion« war in der Vergangenheit verankert, in der Daten erhoben und aus deren Auswertung künftige Entwicklungen extrapoliert wurden. Das (geforderte) sichere Wissen über die »konkret belegte« Wirkung von Infektionsschutzmaßnahmen lag dagegen in einer ungewissen Zukunft, in der es womöglich erarbeitet werden würde. Da solche Forschungen aber anscheinend nicht initiiert wurden, lässt es sich mit anderen Worten als utopisch begreifen. Anders als ein risikopolitisches Regierungsprogramm, mit dem das Eintreten einer konkret erwarteten Wirkung präventiv verhindert oder vorbereitend abgemildert werden soll, verhindert die Forderung nach einer konkret belegten Wirkung vorausschauendes Regieren und eröffnet den Spielraum für das Eintreten zukünftiger Gefährdungen.

#### 4.4 Dynamiken der Pandemie zwischen Forschung, öffentlicher Kontroverse und Infektionsgeschehen

Anhand der betrachteten Beispiele können wir eine Reihe unterschiedlicher Dynamiken identifizieren, die für ein Verständnis der Pandemiepolitik als demokratische Auszeit relevant sind. Erstens existierte eine Dynamik der Wissenschaft, die Beratungswissen für die Öffentlichkeit und für politische Entscheidungsprozesse erarbeitete und zur Verfügung stellte. Sie stand, zweitens, in Zusammenhang mit einer politischen Dynamik, deren Konflikthaftigkeit sich in öffentlichen Kontroversen unter anderem um wissenschaftliches Wissen manifestierte. Drittens gibt es auch Hinweise darauf, dass die Dynamik des Infektionsgeschehens, die sich ausgehend von den Reproduktionseigenschaften des Virus in Zusammenhang mit vielen sozialen Dynamiken herausbildete, Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung und das kollektive Lernen der Gesellschaft sowie auf politische Entscheidungen hatte.

Die wissenschaftliche Dynamik zeigt sich in den Forschungsarbeiten, die in geringen Zeiträumen und unter hohem Erwartungsdruck durchgeführt wurden, um Wissen über die Pandemie und ihre Teilaspekte zu erzeugen und öffentlich zugänglich zu machen. Weil Wissen nicht von ganz allein gesellschaftlich verbreitet und gelernt wird, müssen Fakten in wissenschaftlichen und anderen öffentlichen Kontroversen etabliert und ihrer Gültigkeit Anerkennung verschafft werden.<sup>64</sup> Vor diesem Hintergrund sind die beobachteten Zusammenarbeiten und/oder Auseinandersetzungen von Akteuren der Wissenschaft mit Akteuren der PR-Arbeit, des Journalismus und der Politik keine Überraschung. Diese nicht-wissenschaftlichen Akteurinnen und Akteure brachten jeweils ihre eigenen zeitlichen Perspektiven, ihre eigenen Sachlogiken und ihre eigenen sozialen Bezüge in die Kooperationen und/oder Konflikte ein.

Mit Blick auf den empirischen Fall der Pandemiepolitik in Deutschland können wir somit zwei Phasen der demokratischen Auszeit differenzieren, die unter anderem durch unterschiedliche Verknüpfungen von wissenschaftlichem Wissen und politischen Prozessen gekennzeichnet waren. Eine erste, nur wenige Wochen andauernde Phase lässt sich mit einem weitgehenden Mangel vor allem an gesellschaftlich etabliertem Wissen kennzeichnen. Diese Phase war geprägt durch die stark konzentrierte Bezugnahme auf Christian Drosten als führenden

Experten und den *Corona-Update*-Podcast als Medienformat des Wissenschaftsjournalismus oder der Wissenschafts-PR. In diese Phase gehört auch die Zeit des ersten sogenannten Lockdowns, der weitgehend im Konsens durchgesetzt wurde. Wir können sie als eine *epistemisch-autoritative Phase der demokratischen Auszeit* definieren. In dieser Phase beschleunigte sich der demokratische Kreislauf auf seinem Weg von der Perplexität zur Institutionalisierung der »nötigen« politischen Maßnahmen, indem Konsultation und Hierarchisierung in die Hände weniger Expertinnen und Experten gelegt wurden. In der öffentlichen Wahrnehmung war dabei Christian Drosten die herausragende Figur, den die Medien in dieser Zeit als »unser(n) neue(n) Kanzler« darstellten.

Die zweite Phase war dagegen durch eine sehr viel stärkere öffentliche Kontroverse und konkurrierende Politikprogramme geprägt, die sich jeweils auf eigene wissenschaftliche Expertisen stützten. Sie war deshalb stärker durch eine politische Konfliktlogik charakterisiert, setzte spätestens mit der öffentlichkeitswirksamen Präsentation der Heinsberg-Studie ein und eskalierte im Verlauf unter anderem anhand der kontrovers diskutierten Frage der Schul- und Kindergartenpolitik und damit verbundener Einschränkungen für Kinder und Jugendliche in der Pandemie. Sie war verbunden mit einem anwachsenden, immer differenzierteren und sich gesellschaftlich immer weiter verbreitenden Wissen zu verschiedenen Aspekten der Pandemie. Der Zuwachs an Wissen (und auch an Pseudowissen bis hin zu Verschwörungstheorien) zog jedoch nicht etwa eine Klärung der Sachlage nach sich, sondern erhöhte die Umstrittenheit der unterschiedlichen politischen Programme. Verschiedene Akteure und Diskurskoalitionen konnten sich auf jeweils eigene Wissensquellen berufen und andere zurückweisen, so dass sich die Konflikte nun entlang von ethisch-politischen Haltungen oder Überzeugungen und Werturteilen entzündeten, die zum Teil bis heute nicht überwunden scheinen. Wir können diese Phase deshalb als eine *antagonistische Phase der demokratischen Auszeit* definieren.

Wir setzen damit einen anderen Akzent als etwa Matthias Lemke, der anhand einer Untersuchung des ersten Pandemie-Halbjahres ein zyklisches Modell der Notstandspolitik in Deutschland mit drei Abschnitten entwickelt hat, die sich mehrfach wiederholt haben. Er unterscheidet eine »Frühphase« noch vor dem Einsetzen eines unkontrollierten Infektionsgeschehens, eine »Akutphase« der Notstandspolitik, die die Zeit eines Lockdowns beschreibt, und eine »Konsolidierungsphase« als Übergang in einen neuen Normalzustand.<sup>65</sup> Im Verlauf mehrerer

Infektionswellen sei dieser Zyklus immer wieder durchlaufen worden. Diese Beobachtung einer zyklischen Wiederholung in der Infektionsdynamik und darauf reagierender politischer und gesellschaftlicher Maßnahmen konzentriert sich auf das exekutive Handeln der Bundes- wie der Landesregierungen. Unsere Unterscheidung einer epistemisch-autoritativen und einer antagonistischen Phase der demokratischen Auszeit fokussiert hingegen die demokratische Dynamik, die sich während der Pandemie aus den Beziehungen von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in Beratungsprozessen jenseits der demokratischen Routinen eröffnet hat. In scheinbar paradoxer Weise zogen wachsende und sich ausdifferenzierende Wissensbestände sowie individuelles und kollektives Lernen in der Pandemie eine Intensivierung und Kontinuierung der öffentlichen Kontroversen nach sich, die in antagonistische Konfliktkonstellationen mündeten.